

Notopfer 4 Prozent.

Stegerwald erklärt die Kabinettsbeschlüsse. — Durch Reformen und Ertragssteigerungen 850 Mill. M. flüssig gemacht.

— Berlin, 7. Juni.

Vor einem Kreis von Pressevertretern machte Reichsarbeitsminister Stegerwald nähere Angaben über die Beschlüsse der Reichsregierung. Danach erforderte die Ausgleichung des Reichsetats und des Haushalts der Arbeitslosenversicherung sowie die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms einen Aufwand von insgesamt zwei Milliarden M. Zur Verfügung standen aber nur 1150 Mill. M., so daß neue Mittel in Höhe von 850 Mill. M. gewonnen werden mußten.

Nach den Ausführungen des Reichsarbeitsministers sind diese Mittel durch die letzten Beschlüsse des Reichskabinetts gefunden worden. Ihre Auswirkung für die Zeit vom 1. Juli 1930 bis zum 31. März 1931 denkt sich die Reichsregierung wie folgt:

Mehrankommen aus der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung 220 Mill. M.; Ersparnisse durch Reform der Arbeitslosenversicherung 115 Mill. M.; Ertrag des Notopfers der Festbesoldeten im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft zuzüglich der Ledigensteuer und des Sonderbeitrags für Kuffischratsvergütungen 350 Mill. M.; Verkauf der Vorkriegsaktien der Reichsbahn 100 Mill. M.; Umgruppierung der Zahlungstermine für die Zigarettensteuer 50 Mill. M.

Der dann noch verbleibende — verhältnismäßig geringfügige — Restbeitrag soll durch Abträge am Reichshaushaltsplan 1930 gedeckt werden.

Die Inkraftsetzung der Vorlagen soll im Wege der ordentlichen Gesetzgebung, also ohne die Anwendung des Notstandsartikels und ohne Drohung mit der Auflösung des Reichstags erfolgen. Die Vorschläge des Reichskabinetts sollen dabei als ein einheitliches Gesetzgebungswerk gelten, das nur als Ganzes angenommen werden kann.

Der Umfang der Versicherungsreform.

Im weiteren Verlauf seiner Rede äußerte sich der Minister noch über die Frage einer grundlegenden Reform der Arbeitslosenversicherung. Er vertrat dabei den Standpunkt, gegenwärtig seien Reformmöglichkeiten großen Stills angesichts der Massenarbeitslosigkeit, der angespannten Finanzlage und des Umstandes, daß erst im Oktober 1929 die größten Mängel beseitigt worden seien, nicht möglich. Ebenso müsse die Prüfung der Aufspaltung der Arbeitslosenversicherung in Sonderklassen für Angestellte, Landarbeiter und das Saisongewerbe bis auf den Eintritt normaler Zeiten vertagt werden. Denn in einer Stunde, in der auch im Juni noch Hunderttausende Bauarbeiter ohne Beschäftigung seien, sei auch der Begriff „Saisonarbeiter“ nicht anwendbar. Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung müsse aber unbedingt bis zum 1. Juli erfolgen.

Sozial am gerechtesten wäre die Einführung eines allgemeinen Notopfers gewesen, praktisch würde ein solches Notopfer aber die Kapitalflucht in das Ausland noch verstärkt und damit einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit in die Hände gearbeitet haben. Das Kabinetts habe sich daher darauf beschränkt, die Festbesoldeten des öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft sowie die Ledigen und die Kuffischräte zum Notopfer heranzuziehen. Das Notopfer für die Festbesoldeten betrage 4 v. H. des Monatseinkommens.

Im übrigen belaste die jetzige Regelung die Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit der Beitragserhöhung die besser bezahlten Versicherten, sofern sie keine 52 Wochenbeiträge geleistet haben, mit einer Verringerung ihrer Unterhaltungsätze und die über 21 Jahre alten Ledigen mit der Einführung einer Wartezeit von 14 Tagen.

Baukostenindex soll gesenkt werden.

Was im übrigen das zusätzliche Beschaffungsprogramm der Reichsregierung angeht, so sollen der Reichswirtschafts-, Reichsfinanz- und Reichsarbeitsminister vor Inangriffnahme dieses Programms mit den Baustoff-Interessenten, den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften des Baugewerbes Verhandlungen darüber führen, wie die Baukostenrichtzahl, die seit langer Zeit um 20 bis 30 Punkte über der allgemeinen Preisrichtzahl liege, diesem angenähert werden könne.

Reform der Krankenkassen.

Vorausichtliche Ersparnis: 150 Millionen Mark. — Verwendung zur Senkung der Beiträge. Wie bekannt, hat das Reichskabinetts auch eine Reform der Krankenversicherung ins Auge gefaßt. Die Reform soll Ersparnisse in Höhe von 150 Millionen Mark jährlich bringen, die zur Senkung der Beiträge verwendet werden sollen.

Während für Sozialabgaben vor dem Kriege 3½ Proz. des Grundlohnes abgezogen wurden, sind es heute rund 6½ Proz. Durch die Krankenkassenreform will man 1 Proz. einsparen, so daß künftig der Durchschnitt 5½ Proz. betragen soll. Die Einsparungen hofft man durch Reformen auf dem Gebiete der Arztwahl und Arzneiausgabe zu machen, auch will man Bestimmungen treffen, wonach die Kassen sich von Bagatelldfällen befreien können, besonders erwartet man von der Einführung einer Wartezeit beim Krankengeldbezug bedeutende Ersparnisse.

Schnelljustiz bei Ausschreitungen

Erlaß des preussischen Justizministers. — Volle Durchführung des Urteilspruchs.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat der preussische Justizminister einen allgemeinen Erlaß an die Justizbehörden herausgegeben, in dem er unter Hinweis auf die sich häufenden Zusammenstöße zwischen den Mitgliedern der radikalen Verbände zum Ausdruck

bringt, der Schutz der Allgemeinheit und das Staatsinteresse erforderten eine unverzügliche, „der Gemeingefährlichkeit dieser Taten entsprechende Ahndung“.

„Die Staatsanwaltschaft wird ersucht, sich mit größtem Nachdruck und mit allen Mitteln dafür einzusetzen, daß bis zur Aburteilung derartiger Straftaten nicht mehr mehrere Monate vergehen. Werde alles getan, was der Befehlshaltung diene, so müsse die Auflage wenigstens gegen die Hauptbeteiligten regelmäßig nach einigen Tagen erhoben werden können. Unter allen Umständen müsse auf die Auseraumung eines möglichst nahen Hauptverhandlungstermins hingewirkt werden.“

In der Hauptverhandlung sei mit größtem Nachdruck eine der Tat angemessene Sühne zu beantragen, auch sei die erkannte Strafe mit Entschiedenheit zur Vollstreckung zu bringen.

Der Justizminister ersucht die Vorstandsbeamten der Gerichte und Staatsanwaltschaften, innerhalb ihres Geschäftsbereichs diesen Sachen fortlaufend ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden und erforderlichenfalls durch Entlastung der Sachbearbeiter von anderen Dienstgeschäften, sowie durch Bereitstellung oder Anforderung besonderer Hilfskräfte die schleunigste Durchführung dieser Strafverfahren unbedingt zu gewährleisten.

Aus Stadt und Land.

Wieder Millionenverluste für Berlin. Ein Berliner Blatt beschäftigt sich mit einem neuen Millionenverlust der Stadt Berlin, der aus der Verpachtung eines Grundstücks am Alexanderplatz an eine amerikanische Gesellschaft entstanden sein soll. Das Blatt errechnet die Höhe des erlittenen Schadens auf wenigstens 60 bis 70 Millionen Mark, da die jährliche Pachtsumme, die die Stadt erhält, nur 850 000 Mark beträgt, während die Stadt Berlin selbst als ursprüngliche Kaufsumme vor der Umwandlung des Alexanderplatzes 35 Millionen Mark gezahlt habe und diese mit jährlich 2,1 Millionen Mark verzinsen müsse. Die von der Stadt Berlin für die gleichen Grundstücke zu zahlenden Zinsen werden also bei weitem die Pachtsumme überschreiten. Die günstige Lage des Grundstückes hätte einen weit höheren Pachtpreis gebracht.

Aus der Werkstatt der Bahnhofsmission. Bei starker Beteiligung fand in Berlin-Dahlem unter dem Vorsitz von Ministerialdirektor z. D. von Kamele die Jahresversammlung des Verbandes Evangelische Deutsche Bahnhofsmission statt. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand ein Vortrag von Missionsdirektor D. Knat über die Bedeutung der Weltanschauung in der Wohlfahrtspflege. Der Vortragende zeigte, wie sehr soziale Betätigung durch eine weltanschaulich gebundene seelische Grundhaltung bedingt ist. Frau Gram-Schweinfurth ergänzte diese Ausführungen an Hand von Beispielen aus der deutschen Geistes- und Sozialgeschichte. Von dem Wachstum der Arbeit in den letzten vier Jahren legte der Geschäftsbericht der Generalsekretärin Fräulein Reined ein eindrucksvolles Zeugnis ab. An die Mitgliederversammlung schloß sich eine Führertagung für die Leiterinnen der verschiedenen Arbeitsbezirke in Deutschland, in der grundlegende praktische Fragen wie z. B. die Führungsnahme der Bahnhofsmission mit der Wanderfürsorge besprochen wurden.

Die Attentäter von Montreux verhaftet. In Saint Louis an der französisch-schweizerischen Grenze wurden drei Personen festgenommen, die ohne Fahrkarten und Papiere reisten und direkt von Montreux kamen. Die Polizei glaubt, in ihnen die Täter des Eisenbahnanschlags verhaftet zu haben, der in der Nacht zum Sonntag sieben Menschen das Leben kostete. Bei ihrer ersten Vernehmung gaben sie an, daß sie sich nach Saint Louis begeben hätten, um dort Arbeit zu suchen.

Die Einruhrkatastrophe in Genoa. Das Verhör der an dem Einsturz des Auswandererhotels in Genoa verantwortlichen Personen dauert fort. Nach Meldungen römischer Blätter hat sich die Lage der Hotelbesitzer im Verlaufe des Verhörs wesentlich verschlimmert. Sicherheitshalber ist auch das zweite Hotel, das ihnen gehörte, geschlossen worden.

Naumburg. Liebesdrama jugendlicher. In Benndorf bei Halberstadt trugen sich der 17 Jahre alte Schlosserlehrling Schenk und die 15jährige Behre mit Selbstmordgedanken, weil ihre Eltern ihrem Liebesverhältnis nicht zustimmten. Die beiden Liebesleuten schrieben Abschiedsbriefe und begaben sich in den Wald, um sich dort das Leben zu nehmen. Schenk trank Salzsäure und starb nach einer Woche qualvoller Schmerzen. Die Behre hatte sich bei dem Verluh, sich mit Salzsäure umzubringen, nur Mund und Lippen verbrannt, die Salzsäure aber nicht hinuntergeschluckt.



Ein eindringliches Warnungsschild.

Eine Reparaturwerkstatt in Berlin hat mit diesem zertrümmerten Wagen als Mahnruf an die Automobilisten ein Schild „Fahrt Pfingsten vorsichtig!“ aufgestellt, das eine „deutliche Sprache“ redet.

Weimar. Nach den Feststellungen des Thüringisch-Statistischen Landesamts betrug die Zahl der Arbeitslosen im Lande Ende März 102 299 gegen Ende Dezember 1929 mit 84 550. Den Hauptteil stellt die Metallindustrie mit 13 700 Arbeitslosen. Eine Besserung haben auch die Frühjahrsmonate nicht gebracht und ist auch vorläufig nicht zu erwarten.

Herzberg. Zu der Anklage zweier Arbeiter wegen mangelhafter geleisteter Arbeiten bei der Ester-Regulierung erklärt die Untersuchungsgenossenschaft Schwarze Ester, daß Landrat Rief- und Kreisbaumeister Winter an Ort und Stelle Untersuchungen vorgenommen hätten, aus denen keinesfalls zu erkennen sei, daß Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Es soll sich bei den Angaben der beiden Arbeiter, die kurz vorher entlassen worden waren, um einen Ra ch e a k t handeln.

Ferkelmarkt Dippoldswalde am 7. Juni 1930. Die aufgetriebenen 56 Ferkeln wurden zum Preise von 60 bis 90 Mark das Paar verkauft. Geschäftstagen gut. Außerdem waren 50 Gänse aufgetrieben. Der Absatz war gering. Das Stück kostete 7.50 Mark.

Deriliches und Sächsisches.

Dippoldswalde. Schon bei Vollendung des Kaspertendebaus und beim Volllaufen der Vorarbeiten wurden Bedenken laut, ob die große, alte Linde bei der Maschinenfabrik nicht doch mit der Zeit infolge des bis an ihre Wurzeln reichenden Wasserstandes eingehen würde. Vor wenig Jahren sind dann schon einmal abgegebene große Äste weggeschritten worden; aber der Verfall geht weiter, ist sogar schon soweit gediehen, daß die eine Hälfte des Baumes, nach dem Albertpark zu, heuer vollkommen dürr ist. Es wird wohl nur noch kurze Zeit dauern, bis der Baum vollkommen eingegangen ist und entfernt werden muß.

Kurokt Kipsdorf. In der am 3. ds. Mts. stattgefundenen Gemeindevorstandssitzung nahm das Kollegium zu nächst Kenntnis von dem vorliegenden Bericht über die erfolgte Prüfung der Witzschuldenlagen in Schule und Gemeindeamt, aus dem die einwandfreie Beschaffenheit dieser Anlagen zu ersehen ist, und weiter von der Festsetzung der Wohlthätigkeit und des Wohllokales sowie der Zusammenfassung des Wohlfahrtsausschusses anlässlich der am 22. 6. ds. Mts. stattfindenden Landtagswahl. Hierauf befaßte sich das Kollegium mit den Beschlüssen des Ausschusses für das örtliche Kur- und Fremdenwesen. Kenntnis genommen wird hierbei von einem Bericht des Bürgermeisters über den Verkehrtweg im Bad Schandau, von den unternommenen Schritten um Aufnahme in den mit Rücksicht auf die Hygiene-Ausstellung aufgestellten Dresdner Führer, von einem einseitigen Antritte in der Ostwärtszeitung über das Ostergebirge und den daraufhin unternommenen Schritten, sowie von verschiedenen Reklameofferten, die man auf sich beruhen läßt. Zustimmung erteilt man zu den Beschlüssen, die die beabsichtigte Aufhebung von Kartendriften mit Rücksicht auf die vorgezeichnete Jahreszeit und mangels haushaltspolitischer Mittel bis zum nächstjährigen zeitigen Frühjahr zurückzustellen und dem Gehalt der WEGE, vorübergehend hier zum Zwecke der Teilnahme an Kurten aufhältliche Fremde von der Ortsabgabe zu befreien, zu entsprechen, Anregungen aus der Mitte des Kollegiums, an die Reichsbahnverwaltung Dresden heranzutreten, Sonntag-Rückfahrkarten von Kipsdorf nach Schmiedeberg und Malter anzulegen, und zur besseren Kennzeichnung der Ruhebänke einen Brennsteampel zu beschaffen soll nachgegangen werden. Hierauf nahm man Kenntnis von dem Ergebnis einer durch den Bauausschuss erfolgten Ortsbesichtigung der im Gemeindegut vorgenommenen Instandsetzungen. Verschiedene weitere Reparaturen sollen durchgeführt werden. Zustimmung erteilt man den Beschlüssen des Bauausschusses, die Parkstraße anlässlich der jetzt zur Durchführung gelangenden Massenschüttung durchgängig bis zum Dorfplatz mit ausgleichen und den Dorfplatz selbst mit ausbessern zu lassen. Die Festlegung des am Grundstück Taanerberger vorhandenen Schleusenaustrags auf die Straße soll gefordert werden. Beschlußfassung über eine ev. Teuerung des Fußweges entlang der Staatsstraße wird bis zur alljährlichen Teuerung der Staatsstraße ausgesetzt. Verschiedene notwendige Instandsetzungen im Gemeindegut sollen durchgeführt und eine Fußwegwage soll beschafft werden. Angerufen wird, das Fußwegprojekt vom Bahnhof bis zu den unteren Bahnhöfen weiter zu verfolgen, da aus Verkehrssicherheitsgründen ein unbedingt erforderliches für die Anlage des Fußweges besteht. Von der erfolgten Fertigstellung des Wasserleitungsweiterbauwerkes und den damit zusammenhängenden Fragen nahm man zustimmend Kenntnis, des Weiteren von der erfolgten Genehmigung des für unsere Gemeinde neu zu schaffenden Energiebildes durch das Hauptstaatsarchiv. Ein Schreiben des Arbeiterszeitung betr. Arbeiter-Einstellung läßt man auf sich beruhen. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Dresden, 6. Juni. Landes synode. Bei der zweiten Sitzung des Patronatsgesetzes in der Sitzung am Freitag kam es wieder zu lebhafter Aussprache, die ihren Kernpunkt darin hatte, ob den Patronen oder ihren Vertretern ein Gelübnis im öffentlichen Gottesdienste abzuverlangen sei. Vermittlungsversuche zwischen den beiden Vorfassungen scheiterten, doch wurde dem zugestimmt, daß in ganz besonderen Fällen einzelne Ausnahmen zu gestatten seien. Die Beratungen wurden auf kurze Zeit unterbrochen, um den Gruppen Gelegenheit zur Vespierung zu geben. Bei der dem folgenden Abend wurde § 13 abgelehnt und durch einen neuen Paragraphen ersetzt, der lautet: „Neue Patronate können nicht entstehen.“ Bei der Gesamtsitzung wendeten sich 24 Synodale gegen das Gesetz. Durch die Annahme des Gesetzes erledigten sich eine Anzahl Eingaben, die aus dem Lande an die Synode gelangt waren. — Am Schluß der Verhandlungen, mit denen sich die Synode bis zum Herbst vertagte, wurde folgende Kundgebung zur Auseinandersetzung zwischen Staat und Landeskirche einstimmig angenommen: Die Landes synode bedauert, daß der am 15. Januar 1929 zwischen Staat und Kirche rechtsverbindlich abgeschlossene Vertrag über eine vorläufige Abklärung von Staatsleistungen vom Landtag nicht verabschiedet worden ist und daß lange, mühselige Verhandlungen, nachdem sie ohne sachliche Berechtigung mit der Auseinandersetzung über die Kirchschullehne verbunden worden sind, durch die kürzlich erfolgte Auflösung des Landtags abermals zum Scheitern gebracht worden sind. Die Synode dankt dem Landeshochkommissar für Vertretung der berechtigten Ansprüche der Landeskirche gegenüber der Staatsregierung, und sie sieht in dem Abklärungsvertrag trotz der in ihm enthaltenen erheblichen Vorbehalte der Landeskirche die geeignete Grundlage für die vorläufige Abklärung der Staatsleistungen. Die Synode erwartet deshalb, daß dieser Vertrag dem neugewählten Landtag baldigt wieder vorgelegt wird und daß die Staatsregierung und der Landtag nach für dieses Rechnungsjahr endlich die Gesamtleistungen für die ev.-luth. Landeskirche mit den im Vertrag vorgesehenen Beträgen in Einklang bringen. Die Synode ist mit dem Landeshochkommissar einig in dem Willen zu einer friedlichen schiedlichen Auseinandersetzung, fordert aber, daß dabei verfassungsmäßige Rechte der Landeskirche nach jeder Richtung gewahrt werden. Sie ist sich hierbei der einmütigen Zustimmung und tatkräftigen Unterstützung des ganzen evangelischen Volkes gewiß.

Dresden, 7. Juni. Gegen 1 Uhr vertagte die Disziplinarkammer ihre Beratungen im Verfahren gegen Bürgermeister Fiedler auf Dienstag. Das Urteil ist für Dienstag abend zu erwarten.

Dresden, 7. Juni. Am Freitag abend veranstalteten die Nationalsozialisten in den Annenläden am Fischhofplatz eine Versammlung, die gegen 23.30 Uhr zu Ende war. Danach sammelten sich zahlreiche Veranlassungsteilnehmer zu einem geschlossenen Zug, der in der Annenstraße das Ziel Konnu-